

Die Occupy-Bewegung will sich auch in den US-Präsidentenwahlkampf einmischen und veranstaltet am 17. Januar 2012 in Washington einen Kongress.

LUFTPOST

Friedenspolitische Mitteilungen aus der
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein
LP 001/12 – 01.01.12

Occupy Wall Street: Wie Geld den Kongress korrumpiert hat Ein Mitglied des Occupy Wall Street-Presseteams erklärt, warum die Kongressmitglieder immer reicher und die meisten US-Amerikaner immer ärmer werden

Von Jeff Smith

THE DAILY BEAST, 28.12.11

(<http://www.thedailybeast.com/articles/2011/12/28/occupy-wall-street-how-cash-has-corrupted-congress.html>)

Es geht immer nur ums Geld. Deshalb haben wir von Occupy Wall Street / OWS auch beschlossen, unseren politischen Protest rund um die Uhr auf die Türschwelle der Finanzindustrie (in New York) zu tragen, hauptsächlich, um auf die einfache Tatsache aufmerksam zu machen, dass Geld unser politisches System so total korrumpiert hat, dass Washington DC schon lange nicht mehr das Machtzentrum der USA ist. Dass das Kapitol (der Sitz des US-Kongresses) immer käuflicher wird, geht sogar aus zwei Berichten hervor, die in dieser Woche am gleichen Tag in der Washington Post [Artikel siehe unter http://www.washingtonpost.com/business/economy/growing-wealth-widens-distance-between-lawmakers-and-constituents/2011/12/05/gIQR7D6IP_story.html] und in der New York Times [s. <http://www.nytimes.com/2011/12/27/us/politics/economic-slide-took-a-detour-at-capitol-hill.html?pagewanted=all>] erschienen sind; in beiden wird darauf hingewiesen, dass unsere Volksvertreter im Kongress immer reicher werden, während die meisten, derjenigen, deren Interessen sie vertreten sollen, immer ärmer werden.

Von Anfang an hat sich die Occupy-Bewegung auf das Konzept der legalisierten Bestechung konzentriert. Die ständig steigenden Wahlkampfkosten – die Ausgaben für den Einzug in das Repräsentantenhaus betragen zur Zeit 1,4 Millionen Dollar und haben sich seit 1976 vervierfacht, ein Sitz im Senat kostet sogar fast 10 Millionen Dollar – werden größtenteils von wohlhabenden Spendern, Konzernen oder Vertretern spezieller Interessengruppen finanziert, die als Gegenleistung dafür Gesetze erwarten, die vor allem ihren Interessen dienen. Das ist eine Form der Beeinflussung, die in anderen westlichen Demokratien als Korruption gilt, von den US-Amerikanern aber "als Lauf der Dinge" hingenommen wird – wie die "Fragen Sie Ihren Arzt"-Werbekampagnen der pharmazeutischen Industrie und die Produktwerbung, die direkt auf kleine Kinder zielt. Das Ergebnis ist ein fast totaler Verlust des Vertrauens in unsere gewählten Repräsentanten, der sich zum Beispiel darin widerspiegelt, dass die Arbeit des Kongresses nur noch von 9 Prozent der Befragten positiv bewertet wird. [s. http://www.cbsnews.com/8301-3460_162-57328351/congress-approval-rating-how-low-can-it-go/]



Entnommen aus
<http://occupydc.org/occupycongress/>

Unser Abgeordneten scheren sich auch nicht um das Verbot von Insidergeschäften und

machen regelmäßig Gebrauch von wertvollen Informationen, an die ein Normalbürger niemals herankommt, ganz zu schweigen von ihrer Macht, ganze Märkte zu beeinflussen und Gewinner und Verlierer zu bestimmen, indem sie hier einen Absatz aus einem Gesetz streichen oder dort eine Klausel einfügen.

Der Unterschied zwischen dem Einkommen der Abgeordneten und dem der US-Durchschnittsbürger ist auch daran abzulesen, dass nach Washingtoner Maßstäben nur Haushalte mit einem Jahreseinkommen von 250.000 Dollar zur "Mittelklasse" zählen, obwohl nur 1,5 Prozent aller Haushalte über so viel Geld verfügen können. Nur einfache Mitglieder beider Häuser des Kongresses liegen mit ihren Grundbezügen von 174.000 Dollar unter dieser Grenze. Auch das zeigt, wie reich unsere Volksvertreter geworden sind.

Obwohl dieses Grundgehalt inflationsbereinigt in den letzten Jahrzehnten sogar gesunken ist, sind unsere Repräsentanten immer reicher geworden. Das erklärt sich einerseits daraus, dass Kandidaten, die nicht über genügend eigenes Geld verfügen oder welches locker machen können, nicht mehr zur Wahl antreten, und andererseits daraus, dass Gewählte richtig absahnen, wenn sie erst einmal einen Sitz (im Repräsentantenhaus oder im Senat) ergattert haben.

Die im letzten Jahr neu gewählten 106 Abgeordneten (des Repräsentantenhauses), einschließlich derjenigen, die der den Republikanern nahestehenden Tea Party zuzurechnen sind, hatten ein mittleres Vermögen von 864.000 Dollar, inflationsbereinigt ist das – im Vergleich mit den Newcomern im Jahr 2004 – eine Steigerung um 26 Prozent. Trotz der schweren Rezession sind die Politiker der USA reicher geworden und werden auch keine Probleme haben, zusammen mit ihren Sponsoren die für 2012 erwartete starke Erhöhung der Kosten für politische Fernsehwerbung zu bezahlen; die Wahlspenden für Fernsehwerbung dürften die 2008 erreichte Rekordhöhe weit übertreffen. [s. dazu auch <http://1-xania.biz/analyst-sees-2012-spending-on-political-advertising-ideally-exceeded-2008-levels/>]

Eine in diesem Jahr von dem überparteilichen National Bureau of Economic Research (s. http://de.wikipedia.org/wiki/National_Bureau_of_Economic_Research) durchgeführte Umfrage [s. <http://www.nber.org/papers/w17072>] hat ergeben, dass fast ein Viertel aller US-Amerikaner innerhalb von 30 Tagen noch nicht einmal 2.000 Dollar (für Zusatzausgaben) aufbringen könnte, und ein weiteres Fünftel müsste (dafür) sogar Besitztümer verpfänden, verkaufen oder einen Kleinkredit aufnehmen. Unsere Volksvertreter in Washington haben hingegen ein Durchschnittsvermögen von 725.000 Dollar, wobei Grund- und Wohneigentum noch nicht einmal mitgerechnet sind. Ihr Vermögen ist inflationsbereinigt zwischen 1984 und 2009 um über 150 Prozent gewachsen. Im Laufe der selben Periode hat sich das Durchschnittsvermögen einer US-Familie von 20.600 auf 20.500 Dollar sogar leicht verringert, wie die University of Michigan in einer Studie zur Einkommensentwicklung festgestellt hat. [s. <http://psidonline.isr.umich.edu/>]

Das Steuersystem und eine Legislative, die wirklich das Volk repräsentierte, waren die wichtigsten Garanten des Reichtums der USA, aber in den letzten 30 Jahre sind beide verkommen. Wir haben jetzt eine Gesellschaft mit begrenzter sozialer Mobilität, in der nur noch die Reichen Zugang zu einer guten Gesundheitsfürsorge und einer guten Bildung haben und nicht nur die Geschäfte, sondern auch die politischen Ämter unter sich aufteilen.

Die Tatsache, dass sich der Kongress immer weiter von der Bevölkerung entfernt, ist der Hauptgrund dafür, dass die Occupy-Bewegung so viel Einfluss in der politischen Diskussion gewonnen hat, und erklärt auch, warum sich die "Volksvertreter" von ihr distanzieren, obwohl Umfragen zeigen, dass die Öffentlichkeit sehr positiv auf unsere Forderungen und Slogans reagiert. Wenn wir wirklich einen offenen Markt für politische Ideen hätten, wären

wir ideale Bündnispartner. Präsident Obama geht aber nur in seinen Reden auf die Forderungen der "99 Prozent" ein, ansonsten macht so weiter wie bisher.

Trotz dieser Distanzierung ruft die Occupy-Bewegung auch bei denen Resonanz hervor, die früheren Bewegungen nicht nur fernblieben sondern eine unüberbrückbare Distanz zu ihnen errichteten. Breite Teile der Öffentlichkeit haben unsere Lager im ganzen Land unterstützt und unterstützen unsere Bewegung auch weiterhin, trotz des Desinteresses der Politiker und der herabsetzenden Berichterstattung in den Mainstream-Medien. Occupy Wall Street im Zuccotti Park hat – wie das "menschliche Mikrofon" (s. http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_11/LP18111_141011.pdf) als Verstärker gewirkt und Gleichgesinnte in anderen Städten (und Staaten) zur Gründung eigener Gruppen ermutigt, die jetzt Teil eines nationalen (und internationalen) Protestes sind, der nicht mehr so leicht ignoriert werden kann wie bisherige Proteste. Die 99 Prozent haben die kollektive Macht einer gemeinsamen Stimme entdeckt und nutzen sie, um eine Menge Lärm zu machen.

2012 werdet ihr noch mehr von uns hören, wenn sich die Occupy-Bewegung in die Vorwahlen einmischt und ihren Kongress abhält [s. <http://occupydc.org/occupycongress/>]. Das Große Geld meldet sich lautstark zu Wort, wir aber auch!

(Wir haben den Artikel, der belegt, dass es den US-Behörden nicht gelungen ist, die Occupy-Bewegung zu zerschlagen, komplett übersetzt und mit Ergänzungen und einem Link in runden Klammern versehen. Die Links in eckigen Klammern hat der Autor selbst eingefügt. Anschließend drucken wir den Originaltext ab.)



Occupy Wall Street: How Cash Has Corrupted Congress

An Occupy Wall Street press team member explains why members of Congress keep getting richer while the rest of the country has

Dec 28, 2011

It's always been about the money. Occupy Wall Street chose to set up its 24-hour outpost of political dissent on the doorstep of the finance industry primarily to underscore the simple fact that money has corrupted our political process so completely that the seat of power in the U.S. isn't even in Washington, D.C. any more. That said, the Capitol continues collecting its cut, as evidenced in this week's double-barreled dispatches, in the Washington Post and the New York Times, on the exploding wealth gap between our ever-more affluent representatives in Congress and the financially flat-lined citizens they represent.

From its inception, OWS has focused on the concept of legalized bribery, as the continually rising cost of a political campaign—an average of \$1.4 million for a successful House run, up fourfold in real dollars since 1976, and nearly \$10 million for a Senate seat—has been largely subsidized by wealthy donors, corporations and special interests, in return for legislation that favors their interests. It's a form of regulatory capture that most first-world democracies outlaw as corruption, but that Americans know as "the way things are," along with "ask your doctor" pharmaceutical ads and campaigns pitching products directly to young children. The result is an almost total lack of confidence in our elected officials, as reflected by Congress' almost impossibly low 9 percent approval rating.

Even insider-trading laws don't apply to our lawmakers, despite their regular access to va-

luable market information Joe Citizen will never hear, not to mention their power to tilt markets and pick winners and losers by removing a sentence from this piece of legislation, or adding a clause to that one.

The gap between the Beltway and the economic realities of most Americans can be found in the common Washington framing of households with an annual income of \$250,000—a figure achieved by just the top 1.5 percent—as “middle class.” It’s understandable, since that’s not much more than the \$174,000 base pay pulled in by rank-and-file members of both houses of Congress. That’s how rich our representatives have become.

While that salary actually has dipped slightly in inflation-adjusted dollars over recent decades, our representatives have kept getting richer. That’s both a reflection of the high cost of campaigns that effectively dissuade would-be candidates without ready money of their own or access to it from running, and the private profits many of our elected officials can and do claim once in office.

The freshman class of 106 members elected last year, including many new Tea Party-backed Republicans, had a median net worth of \$864,000—an inflation-adjusted increase of 26 percent from the 2004 freshmen. In the wake of a crushing recession, America’s politicians actually were richer, in part so they could foot their share of the bill, along with their donors, for the political ads that are expected to be one of the fastest-growing sources of television advertising revenue in 2012, breaking the spending record set in 2008.

A survey this year by the nonpartisan National Bureau of Economic Research found that nearly one in four Americans couldn’t come up with even \$2,000 in cash within 30 days if he or she had to, while another one in five would have to pawn or sell possessions or take out a payday loan. Compare that with our representatives in Washington’ median net worth of \$725,000, excluding home equity—up more than 150 percent since 1984 in inflation-adjusted 2009 dollars. Over the same period, the wealth of an American family has declined slightly, with the comparable median figure sliding from \$20,600 to \$20,500, according to the University of Michigan’s Panel Study of Income Dynamics.

Taxation as a remedy to perpetual wealth is as much a part of the American legacy as a representative government, but the last 30 years have seen both taxes and representation recede. We now have a society with limited social mobility, where the advantages of wealth translate into preferred access to healthcare, education, business, and yes, even the political process.

The fact that Congress is moving away from the rest of the public is exactly why Occupy Wall Street has found such a giant hole in the political conversation to step into, and why our national representatives have kept their distance even when polls showed the public responding powerfully to our complaints and slogans. In a true market of political ideas, we’d have been prime targets for coopting. Instead, President Obama works “99 percent” into his speeches, and business as usual continues.

Despite such indifference, Occupy Wall Street resonated where previous protests petered out by creating and holding a physical space where it was impossible to avert one’s gaze. Members of the general public came to Occupy encampments all over the country to take in the scene and to participate, despite the disinterest shown by politicians and the glib tone of much of the mainstream press coverage. The occupation became an amplifier for those voices—not unlike the people’s mic itself—as the encampment in Zuccotti Park meant that a like-minded group in another city was now part of a national story that didn’t schedule its own ending like a traditional protest, and couldn’t easily be ignored. The 99

percent rediscovered the collective power of our voice, and started using it to make a whole lot of noise.

In 2012, expect to hear more of that noise from Occupy the Caucuses and Occupy Congress. Money talks, but we do too.

www.luftpost-kl.de

VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern